

Wenn die Bürokratie Ausnahmen zuließe, könnte sie sich abschaffen



Gedanken zur Willkommenskultur in unserem Land

von Brigitte Pick

Die Zahl der Menschen, die sich auf die Flucht vor Krieg, Konflikten und Verfolgung begeben steigt stetig und beläuft sich aktuell auf 65 Millionen Menschen weltweit, von denen die meisten Binnenflüchtlinge sind. Geschätzte 17 Millionen leben seit Jahrzehnten in Lagern, ohne Würde und Perspektive.

„Selbst in Zeiten stark ansteigender Zahlen sind Flüchtlinge global sehr ungleich verteilt. Reichere Länder nehmen weit weniger Flüchtlinge auf als weniger reiche. Knapp neun von zehn Flüchtlingen (86 Prozent) befanden sich 2014 in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten. Ein Viertel aller Flüchtlinge war in Staaten, die auf der UN-Liste der am wenigsten entwickelten Länder zu finden sind.“¹

Laut UNHCR Report sind die sieben größten Herkunftsländer von Flüchtlingen Syrien - 3,88 Millionen, Afghanistan - 2,59 Millionen, Somalia - 1,11 Millionen, Sudan - 648.900, Südsudan - 616.200, Demokratische Republik Kongo - 516.800 und Myanmar - 479.000. Die sechs größten Aufnahmeländer von Flüchtlingen sind die Türkei - 1,59 Millionen, Pakistan -

¹ <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>

1,51 Millionen, der Libanon - 1,15 Millionen, Iran - 982.400, Äthiopien - 659.500 und Jordanien - 654.100.²

Die europäischen Länder tun sich schwer mit den hier Ankommenden. In Zeiten der weiter zunehmenden sozialen Spaltungen und den Abstiegsängste der Mittelschicht wächst der Nährboden für rechtes Gedankengut. In diesem Jahr wurden allein in dem Zeitraum von Januar bis Mitte Juni 2016 563 Straftaten gegen Asylunterkünfte gezählt, an öffentlichen Plätzen 824 Straftaten gegen Flüchtlinge und 76 Angriffe gegen ehrenamtliche Flüchtlingshelfer, wie Kriminaldirektor Marc Schmitz vom BKA bei einem Symposium zu „Migration und Sicherheit“ des Thüringer Verfassungsschutzes am 20. Juni 2016 in Erfurt berichtete. Inzwischen sind mehr als ein Million Flüchtlinge in Heimen und Wohnungen untergebracht, und man fürchtet eine Zunahme der Gewalttaten.³

Bundesweit sorgen Zehntausende Ehrenamtliche für das Gelingen der Integration von Flüchtlingen durch ihre Arbeit als Begleiter zu Ämtern, sie geben Deutschkurse, Verteilen Spenden, Organisation von Aktivitäten kultureller oder sportlicher Art und so fort.

Andere erwecken Aufmerksamkeit durch demagogische Inszenierungen. Gerade versucht das Zentrum für Politische Schönheit (ZPS) mit ihrer Aktion „Flüchtlinge fressen- Not und Spiele“ den Zynismus der Flüchtlingspolitik zu entlarven und wird seinerseits des Zynismus bezichtigt. Das ZPS will erreichen, dass Menschen ohne Einreiseerlaubnis von den Fluglinien befördert werden dürfen, ohne dass diese mit hohen Strafen wie bisher rechnen müssen. Ein Antrag der Linksfraktion zu dieser Gesetzesänderung des § 63 Abs. 3, durch den die Richtlinie 2001/51/EG ins deutsche Recht geschrieben wurde, liegt bereits vor. Am 28. Juni soll ein Flug mit 100 syrischen Flüchtlingen aus der Türkei starten, finanziert über Crowd-Funding. „ Das ZPS hat die Passagiere in der Türkei besucht und betreut. Es handelt sich um Syrer, die in Deutschland ohne jeden Zweifel ein Recht auf Asyl haben (wenn sie den mörderischen Weg auf sich nehmen). Die Passdaten und Absichtserklärungen haben wir dem Kanzleramt, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesinnenministerium und dem BAMF übermittelt. Als erstes Flugzeug bringt die Joachim 1 Menschen in Not auf einer sicheren Route im Auftrag der deutschen Zivilgesellschaft aus der Türkei zu ihren Liebsten nach Deutschland. Es gibt keinerlei politische Rechtfertigung dafür, dass Menschen sich von Schleppern ausplündern lassen müssen, um dann entweder ertränkt zu werden oder hunderte Kilometer zu Fuß durch den Schlamm zu waten.“⁴

Wird die Aufnahme der 100 Menschen abgelehnt, wollen sich sieben Freiwillige in der der Arena vor dem Maxi Gorki Theater in Berlin, in der sich vier Tiger befinden, fressen lassen. Öffentlich dazu bekannt hat sich die syrische Schauspielerin May Skaf am 20.6.2016 auf der Bühne der Arena. Ihre Appelle an die deutsche Zivilgesellschaft unter Tränen mit der An-

2 s.o.

3 Zitiert nach: Rassisten zündeln weiter von Frank Jansen im Tagesspiegel vom 21.6.2016

4 <http://www.politicalbeauty.de/index.html>

kündigung, „ sich von Europa fressen zu lassen“ nehmen einige Menschen für bare Münze.⁵ Das ZPS steht für die erweiterte Form politischer Aktionskunst: Kunst muss wehtun, reizen und Widerstand leisten. In eine Begriffsallianz gebracht: aggressiven Humanismus, schreibt sie auf ihrer Internetseite.⁶

Auch diese symbolische Aktion wird die Situation nicht ändern, aber nachdenklich machen. Wie lange das Engagement der Bürger hinreicht, an Erschöpfung eingeht und an bürokratischen Hürden scheitert, bleibt abzuwarten.

Hier ein Beispiel der Bürokratie aus Berlins Schulverwaltung, die es willigen Menschen schwer macht, ihre Hilfe weiter zur Verfügung zu stellen.

In Berlin gibt es 955 Willkommensklassen mit 11.388 Flüchtlingskindern ohne Deutschkenntnisse. Konzepte fehlen noch immer wie auch geschultes Personal. In den Bezirken gibt es spezielle Koordinatoren. Die Kinder und Jugendlichen müssen teilweise bis zu einem Jahr auf einen Schulplatz warten. Hingegen gibt es belastbare fähige Pensionäre, die ihren Einsatz mit Erfahrungen im Bereich Deutsch mit Ausländern anbieten und auf schnellen Einsatz warten.

Meine Pensionärin war von 1973 bis 2012 als Studienrätin auf Lebenszeit im Land Berlin tätig und arbeitete nach ihrer Pensionierung als Vertretungskraft an 3 Gymnasien im Rahmen der Personalkostenbudgetierung. Sie hat eine Zusatzqualifikation für Deutsch als Fremdsprache und hat fünf Jahre im Ausland gearbeitet. Seit eineinhalb Jahren gibt sie ehrenamtlich in einer Kirchengemeinde Deutsch für Flüchtlingskinder. Sie arbeitet erfolgreich und ist beliebt, gesundheitlich topfit. Für diese Arbeit hat sie ein erweitertes Führungszeugnis erworben.

Auf Grund ihrer hohen Qualifikation fragte das Schulamt bei ihr Mitte Februar 2016 nach, ob sie bereit sei, in einem OSZ in Willkommensklassen zu arbeiten, eine weise Idee. Sie möchte gerne in einem Oberstufenzentrum in Wohnortnähe arbeiten mit 9 bis 10 Stunden wöchentlich und tut das der Schulverwaltung mit seinem zuständigen Oberschulrat für berufsbildende Schulen kund. Dieser zeigt dringliches Interesse und empfiehlt der zuständigen Senatsschulverwaltung die Berücksichtigung der Bewerbung. Es geschieht nichts. Sie mahnt und erhält diese Antwort, alles geht seinen sozialistischen Gang, Ausnahmen gibt es nicht, Verzögerungen seien möglich, Geduld gefragt.

„Ein Einstellungsvorgang liegt bisher noch nicht vor. Sobald der Vorgang vorliegt, können weitere Auskünfte erfolgen. Eine Beschleunigung ist derzeit nicht möglich. Die Vorgänge werden nach Eingang abgearbeitet. Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, dass es der-

⁵ Menschenopfer für Europa von Melanie Becker im Tagesspiegel vom 21.6.2016

⁶ http://www.politicalbeauty.de/Zentrum_fur_Politische_Schonheit.html

zeit zu Verzögerungen bei der Vertragsunterzeichnung geben kann“, so der Beamte Koordinator für den Bezirk. Mir klingt der Satz der Schulverwaltung in den Ohren, die so häufig Dinge vor sich her schob: Wir werden das prüfen, oft ohne Ergebnis.

Am 17 Juni erhält sie von einer Sachbearbeiterin ein Schreiben:

„Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass die für Sie zuständigen Gremien (FV, PR, SBV) Ihrer befristeten Einstellung zugestimmt haben.

Es ist beabsichtigt, Sie im Rahmen der zentralen Nachsteuerung ab dem frühestmöglichen Termin in den Berliner Schuldienst einzustellen.

Die Einstellung erfolgt befristet bis zum 19.07.2017.

Die nunmehr für Sie zuständige Lehrpersonalstelle wird sich schnellstmöglich bei Ihnen melden, um einen Termin zum Abschluss des Arbeitsvertrages zu vereinbaren.

Dieses Einstellungsangebot steht unter folgenden Vorbehalten:

Ihrer generellen persönlichen und körperlichen Eignung für eine Einstellung in den öffentlichen Schuldienst (Vorlage des Führungszeugnisses, keine anhängigen Straf- oder Ermittlungsverfahren, Gesundheitszustand und Arbeitsfähigkeit).

Das „Erweiterte Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Dienstbehörde“ (Bitte als Empfänger angeben: „Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, (Stellenzeichen s. unten stehende Auflistung), Flottenstr. 28-42, 13407 Berlin“) ist von Ihnen bei Ihrer zuständigen Meldestelle bzw. bei einem der Bürgerämter zu beantragen. Entstehende Kosten für die Beantragung eines „Erweiterten Führungszeugnisses“ werden nicht erstattet. Die Voraussetzungen (berufliche Betreuung, Beaufsichtigung, Erziehung und Ausbildung von minderjährigen Personen) des § 30a Abs. 1 des Gesetzes über das Zentralregister und das Erziehungsregister (BZRG) für die Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses sind erfüllt.

Bitte legen Sie dieses Schreiben bei der Beantragung des Führungszeugnisses in der Meldestelle bzw. im Bürgeramt vor.

Eine ggf. erforderliche vertrauensärztliche Untersuchung wird nach Vertragsunterzeichnung von der Personalstelle veranlasst.

Die notwendigen Einstellungsvordrucke füge ich diesem Schreiben als Dateien bei. Die ab sofort für Sie zuständige Personalstelle erhält den Vorgang per Fachpost und wird sich bei Ihnen zwecks Festlegung des Termins für die Unterzeichnung Ihres Ar-

beitsvertrages melden. Bitte legen Sie die ausgefüllten Vordrucke der zuständigen Lehrpersonalstelle vor.

Zusätzlich sind von Ihnen zum Termin der Vertragsunterzeichnung folgende Unterlagen vorzulegen:

- Erhebungsbogen (beiliegender Vordruck) bitte nur bei einem „JA“ im Zusatzfragebogen ausfüllen
- Einverständniserklärung für die Anforderung Ihrer Personalakten im öffentlichen Dienst (beiliegender Vordruck)
- Geburtsurkunde (Original oder beglaubigte Kopie)
- Heiratsurkunde (Original oder beglaubigte Kopie)
- Scheidungsurteil mit Rechtskraftvermerk (Original oder beglaubigte Kopie)
- Geburtsurkunde/n des Kindes/der Kinder (Original oder beglaubigte Kopie)
- Schwerbehindertenausweis (Original oder beglaubigte Kopie)
- Bankverbindung (beiliegender Vordruck)
- Zeugnis über Schulabschluss (Original oder beglaubigte Kopie)
- Zeugnisse bzw. Nachweise über bisherige Tätigkeiten im öffentlichen Dienst (zur Berechnung von Beschäftigungs- und Dienstzeiten)
- Dienstbescheinigung der Bundeswehr
- Studienbuch bzw. Bescheinigung über Studienzeiten
- Sozialversicherungsausweis
- Mitgliedsbescheinigung Ihrer Krankenkasse
- Antrag Kindergeld (bitte bei der zuständigen Familienkasse in der Flottenstraße beantragen) bitte nur verwenden, wenn Sie Kindergeldberechtigte/r sind und bisher das Kindergeld erhalten haben. Einzustellende Personen mit der Staatsangehörigkeit eines EU- bzw. EWR-Staates erhalten das Kindergeld von der zuständigen Familienkasse der Agentur für Arbeit
- Antrag auf vermögenswirksame Leistungen (beiliegender Vordruck)

Im Falle einer Absage Ihrerseits, bitte ich unverzüglich die zuständige Personalsachbearbeitung, die Bewerbungsstelle sowie die Schulleitung schriftlich hierüber zu informieren.

Als Anlage liegen sechs Seiten Personalfragebögen, drei Seiten Erklärung zum Personalfragebogen und sechs Seiten Zusatzbögen zum Personalfragebogen bei sowie eine Erklärung, niemals Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen zu sein. Es folgen elf weitere Anlagen.



©Foto: Bernd Kasper / www.pixelio.de

Der Hinweis auf ihr Personal-kennzeichen und die vorhandenen Papiere wird ignoriert. Es gibt keine Vernetzung der Behörden.

Jede Steuererklärung ist dagegen eine Lappalie. Wer denkt sich so einen Unsinn aus, wem nützt das?

Allein das Ausfüllen der Dokumente und das Einreichen, zu schweigen von der Bearbeitung, verschlingt Zeit. Die zuständige Lehrpersonalstelle hat sich bisher nicht gemeldet. Der präsumtive Vertrag ist befristet bis zum 19. Juli, dem Ferienbeginn. Wann soll die Kollegin ihre Arbeit beginnen?

Es hört sich an wie eine Geschichte der Schildbürger oder wie ein Verhinderungsprogramm für offizielle Arbeit, die Ehrenamtler können es weiter richten. Ist der Fall eine bedauerliche Ausnahme, ich fürchte nicht.

Um auf eine Bewerbung für die Arbeit in einer Willkommensklasse eine Antwort zu bekommen, ging mehr als ein Viertel Jahr ins Land, eine Absage der Bewerberin hat umgehend zu erfolgen, an drei Stellen bitte, siehe oben und schriftlich gefälligst, denn eine Vernetzung der Stellen scheint es nicht zu geben. Ist Berlin ein gescheiterter Staat, wie es die Regionalpresse vermutet? Termine im Bürgeramt bekommen sie nicht vor einem halben Jahr, dank des Wowereit-Senats und der unsäglichen Sparpolitik des damaligen Finanzsenators Sarrazins und seinen kruden Thesen, wir sparen bis es knirscht. Nun geht gar nichts mehr, man hat sich fest gefahren.

Wenn die Bürokratie Ausnahmen zuließe, könnte sie sich selber abschaffen, das wäre doch mal eine Option.



Über die Autorin

Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

 [Alle Texte von Brigitte Pick im Magazin Auswege](#)

©Foto Titelseite: attention by Dieter_G, pixabay, Lizenz: [CC0](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com